

Fraktion Bündnis 90/ die Grünen

Haushaltsrede zum Kreishaushalt 2022

Für die Veröffentlichung gilt die Sperrfrist bis zur Sitzung

Sehr geehrter Herr Landrat Pauli, geehrte Damen und Herrn der Verwaltung, werte Kreistagskolleginnen und Kollegen und natürlich auch alle anwesenden Gäste.

Wieder ist ein Coronajahr vergangen und ein Ende der Pandemie ist noch nicht in Sicht. Sicher hat sich die Qualität des Umgangs mit der Seuche geändert. Sie wird ein Stück zur Normalität so wie wir es auch mit der Krankheit Aids erlebt haben. Die Pandemie ist nicht besiegt, aber wir haben unseren Umgang mit ihr verändert und werden dies auch in Zukunft sicher noch weiter tun müssen. Für uns ist es nach wie vor wichtig nicht in den Bemühungen nachzulassen allen Menschen im ZAK ein niedrigschwelliges Impfangebot zu machen. Was mir im Augenblick immer mehr Sorgen bereitet ist der Umgang der Bevölkerung mit dieser Krankheit. Werden wir dieses Jahr „Spaziergänge“ zum Unwort des Jahres wählen? Was vor ein paar Jahren noch ein konfliktfreies Sonntagnachmittagsvergnügen war, hat jetzt eine gänzlich andere Bedeutung erhalten. Um es klarzustellen: es geht mir hier nicht darum die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Frage zu stellen, sondern darum, dass wir durchaus in der Lage sind verschiedene Ansichten und Meinungen zu einem Thema auszuhalten und auszutragen. Gerade das macht eine lebendige Demokratie aus. Was allerdings nicht geht, ist der bewusste Verstoß gegen gesetzliche Vorgaben, um zu provozieren und Randalen zu machen. Hier findet gerade eine Vermengung zwischen legitimer Kritik und demokratiefeindlichen Aktionen statt. Es werden Gräben in unserer Gesellschaft aufgerissen, die uns noch lange beschäftigen werden. Gerade deshalb sollten wir in unseren Bemühungen für ein demokratisches und freiheitliches Miteinander nicht nachlassen.

Immer mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger wird klar, dass ihr Schweigen von Demokratiefeinden letztendlich als eine Zustimmung gewertet wird, die sie gar nicht ist. Denn auch derjenige der nichts sagt, drückt damit etwas aus.

Wenn wir uns als Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen heute zum Haushalt äußern, so gilt es zuerst anzumerken, dass wir uns bei allen, die bei der Erstellung des Haushaltes mitgewirkt haben, für die geleistete Arbeit recht herzlich bedanken.

Für uns ist dieser Haushalt im Hinblick auf die auf uns zukommenden Großbaustellen Zentrales Kreisklinikum, Regionalstadtbahn mit der dazugehörigen Talgangbahn und die bereits begonnenen Sanierungen der beruflichen Schulen ein Haushalt, der sich noch im normalen Rahmen bewegt. Er kommt mit einer geringen Schuldenaufnahme aus, die wir mittragen werden. Im Hinblick auf die aktuell geforderte Absenkung der Kreisumlage werden wir uns einem Antrag auf eine Absenkung von bis zu 0,5 Prozentpunkten nicht verweigern. Einen Fraktionszwang hierzu wird es in dieser Sache nicht geben.

Wir sehen sehr wohl die zukünftigen Mehrbelastungen des Kreises durch unsere Großprojekte und werden in den kommenden Haushalten dann einer erneuten Anhebung zustimmen.

Ob wir in diesem Jahr wieder das positive Endergebnis des vergangenen Haushaltsjahres wiederholen können, lässt sich im Augenblick schlecht vorhersagen, wäre jedoch wünschenswert.

Im Teilhaushalt 1 gehen die gestiegenen Kosten im ÖPNV auf ein erweitertes ÖPNV Angebot zurück, welches von uns ausdrücklich begrüßt wird. Inwieweit sich die zusätzlichen Angebote etablieren liegt vor allem bei den ÖPNV Nutzern. In der Hoffnung, dass die anfänglichen Schwierigkeiten bei der Umstellung nun fast alle behoben sind, würden wir uns für die Zukunft wünschen, dass bei der Bewertung von Angeboten für Fahrleistungen Punkte wie die Verlässlichkeit, technische Ausstattung und Tarifbindung des Unternehmens eine höhere Gewichtung bekommen.

Kaufen wir uns für unser Geld Qualität ein!

Wie schon vorher erwähnt sind die zukünftigen Aufgaben im Schienenverkehr eine große finanzielle Herausforderung, der wir uns allerdings gerne stellen, weil wir hier enorme Vorteile für die Region und im Besonderen für unseren Kreis sehen.

Die Regiostadtbahn Neckar-Alb steigert die Lebensqualität, schafft eine attraktive, regionale und innerstädtische Mobilität und bietet für den Tourismus eine zukunfts- und leistungsfähige Infrastruktur. Dies trifft in besonderem Maße auf die Talgangbahn zu, deren Vorplanung mit den Mitteln des Kreises angegangen wurde. Dieses Projekt, trägt mit seinem Einzugsbiet maßgeblich zu einer positiven Bewertung des Gesamtkonzeptes bei.

Bei den Kreisimmobilien ist die geplante Überarbeitung des 8 Jahre alten Gebäudeunterhaltungskonzepts für uns nachvollziehbar, mussten wir doch in den letzten Jahren hier erheblich investieren. Als Grundlage für die zukünftige Arbeit halten wir auch eine umfassende Bestandaufnahme aller Kreisimmobilien für notwendig. Damit könnte bei Sanierungsprojekten an einzelnen Stadtorte, wie zum Beispiel am Berufsschulzentrum in Hechingen eine bessere Gesamtplanung ermöglicht werden. Hier gilt für uns eine umfassende Betrachtungsweise nach dem Motto, Sanierung geht vor Abriss und Neubau. Dies auch deshalb, um das im Baumaterial gebundene CO² langfristig zu erhalten und nicht durch einen Neubau wieder neues zu erzeugen.

Bei Investitionen sind in die gesamten Kosten auch die Lebenszykluskosten eines Neubaus zu berücksichtigen, außerdem ist ein Effizienzhausstandard von 40 oder besser vorzugeben. Besonders im Hinblick auf die steigenden Energiekosten ist eine hohe Energieeffizienz und die Nutzung regionaler Energiequellen notwendig.

Nach wie vor halten wir es für unerlässlich sämtliche Dachflächen und wo möglich auch die Wandflächen der landkreiseigenen Gebäude, sofern eine PV Nutzung möglich ist, mit einer solchen auszustatten bzw. Stadtwerken, Genossenschaften oder Investoren zur Verfügung zu stellen. So würde eine zusätzliche finanzielle Belastung des Landkreises vermieden und die Wertschöpfung bliebe in der Region.

Die vorgeschlagenen Um- und Neubaumaßnahmen in Höhe von 23 Mio. werden von uns mitgetragen. Den größten Brocken werden wir in das berufliche Schulwesen investieren, wobei es für uns notwendig erscheint für die Aus- und Weiterbildung junger Menschen den richtigen Gebäuderahmen zu schaffen.

Wie notwendig ein effektiver Bevölkerungsschutz ist, haben die Coronapandemie und die Katastrophe im Ahrtal aufgezeigt. Funktionierende Alarmierungs- und Warnsysteme sollten nicht erst dann installiert werden, wenn eine Katastrophe bereits eingetreten ist, sondern im Vorfeld dafür sorgen, dass die Anzahl möglicher Opfer so gering wie möglich sein wird. Hier wieder auf Sirenen zu setzen, um eine effektive Warnung der Bevölkerung zu gewährleisten, ist sicher der richtige Weg.

Wir unterstützen die im Haushaltsplan aufgeführten Punkte des Gesetzes zur Änderung des Naturschutzgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes, trotz des höheren Aufwandes. Außerdem fragen wir in diesem Zusammenhang nach der Einrichtung, der von der unteren Landschaftsbehörde angeforderten 0.5 Stelle zur Umsetzung des Biodiversitätsstärkungsgesetz.

Im März des vergangenen Jahres wurde das Amt 30 mit den Sachgebieten Baurecht, Immissionsschutz, Kreisökologie, Denkmal- und Vertragsnaturschutz eingerichtet. Die hier zusammengeführten Stellen beschäftigen sich zwangsläufig mit Themen, deren Ziele unterschiedliche Ansprüche haben und darum schwer zusammenzuführen sind. Wir sind darüber nicht glücklich und werden unser Augenmerk verstärkt auf die Arbeit dieses Amtes richten. Unserer Ansicht nach hätte ein Amt Natur- und Umweltschutz aus Teilen von Amt 30 und 32 mit dem Bereich Umweltschutz mehr Synergien erreichen können.

Im Haushaltsplan werden Baugenehmigungsgebühren mit 900 000 € veranschlagt. Für das Großverfahren von Holcim nur 200 000 €, was wir angesichts des Arbeitsaufwandes für zu niedrig halten.

Die Aufhebung des Landschaftsschutzgebietes am Plettenberg durch das Landratsamt wird von uns nach wie vor als nicht richtig angesehen. Wir hoffen darauf und werden uns dafür stark machen, dass sich die Untere Naturschutzbehörde dafür einsetzen wird, das Naturschutzgebiet bis zur Grenze der Süderweiterung auszudehnen. Die Schaffung einer Stelle des Biotopverbundbeauftragten zeigt bereits erste Erfolge. Die Maßnahmen auf den Hochflächen beim Plettenberg und den Hanglagen lassen für uns keine Biotopverbundmaßnahmen erkennen und werden von uns kritisch hinterfragt werden. Wie schon angemahnt fordern wir nochmals dazu auf die LPR-Teil-A Verträge auf die ordentliche Umsetzung zu überprüfen und auf der anderen Seite die Pflege von Magerwiesen und Heidehochflächen für Schafbeweidung, besonderes die der Hütebeweidung durch zusätzliche Mittel lukrativer zu machen.

Positiv möchten wir die Arbeit des Naturschutzbüros Balingen hervorheben und in diesem Zusammenhang die Bitte von diesem nach mehrjährigen Blühstauden unterstützen.

Im Bezug auf die Kosten für die Kreisstraßen möchten wir anmerken, dass die geplanten Maßnahmen für uns nachvollziehbar sind, allerdings möchten wir an dieser Stelle noch einmal nachdringlich darauf hinweisen, dass die Verkehrswege zwingend auch im Hinblick auf den Fußgänger- und Radfahrverkehr einschließlich des ÖPNV um- und ausgebaut bzw. erneuert werden.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich die Neukonzeption des Radwegemobilitätsprogrammes.

Die im Teilhaushalt 4 geplante Erhöhung der Ausgaben im Bereich Jugendamt liegt nur teilweise in unserer Hand und gerade in den zurzeit nicht einfachen gesellschaftlichen

Umständen ist es umso notwendiger gefährdeten Jugendlichen die notwendige Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Für im Bereich der Sozialhilfe anstehenden Erhöhungen gilt das Gleiche. In diesem Zusammenhang wird die neue gemeinsame Ausländerbehörde in Zusammenarbeit, mit der Stadt Balingen von uns begrüßt.

Die gestiegenen Personalausgaben werden für uns inhaltlich logisch begründet. Zustimmung möchten wir ausdrücklich dem Angebot an Ausbildungsstellen, auch im Hinblick auf die Gewinnung zukünftiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wenn in diesem Jahr, wie geplant das Backbone-Netz im Zollernalbkreis fertiggestellt wird, so ist ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung des Digitalen Angebotes im ZAK erreicht.

Leider sind wir in diesem Fall nicht „vor der Lage“, sondern hinken was Qualität und Leistungsfähigkeit der digitalen Anbindungen in unserem Landkreis betrifft in verschiedenen Bereichen an geht hinterher.

Wünschenswert, wäre eine Digitalisierungsstrategie in der Landratsamtsverwaltung. Dort wo es möglich ist sollten Arbeitsabläufe hauptsächlich solche mit Bürgerinnen- und Bürgerkontakten technisch und organisatorisch erheblich digitalisiert werden, um so eine Kostenreduktion und vor allem eine schnellere und bürgerfreundlichere Abwicklung zu erreichen. Selbstverständlich geht es in diesem Zusammenhang um einen nicht unerheblichen Kostenfaktor, der in zukünftigen Haushalten seinen Niederschlag finden wird, aber aus unserer Sicht eine zwingende Notwendigkeit darstellt.

Abschließend wäre zu sagen, dass wir als Fraktion Bündnis 90/ die Grünen dem Haushalt in seiner vorliegenden Form mit allen vorliegenden Änderungen zustimmen werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/die Grünen

Konrad Wiget Fraktionssprecher